

# Das 20. Jahrhundert als Zeitalter der Extreme

## Ausstellung über Diktatur und Demokratie im Gymnasium „In der Wüste“ und im DGB-Haus

Von Jann Weber

**OSNABRÜCK.** „Diktatur und Demokratie im Zeitalter der Extreme. Streiflichter auf die Geschichte Europas im 20. Jahrhundert.“ So lautet der Titel einer Ausstellung, die in Osnabrück an zwei Orten zu sehen ist: im Foyer des Gymnasiums „In der Wüste“ und im Gewerkschaftshaus.

Die ältesten der 190 Fotos zeigen Szenen aus dem Jahr 1914. Die Ausstellung zeigt das Schwanken zwischen Freiheit und Tyrannei, zwischen Demokratie und Diktatur. 26 Tafeln und fast ebenso viele Tonaufnahmen werfen Schlaglichter auf Geschehnisse wie den Ausbruch des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren, auf den Beginn des Zweiten Weltkriegs vor 75 Jahren, auf die friedliche Revolution in der DDR vor 25 Jahren und die EU-Osterweiterung vor zehn Jahren – und was zwischen den markanten Jahreszahlen geschah. Die Ausstellung des Münchner Instituts für Zeitgeschichte, von Deutschlandradio Kultur und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur ist in diesem Jahr an vielen Orten Deutschlands zu sehen – in Osnabrück bis Donnerstag, 8. Mai, im Foyer des Gymnasiums „In der Wüste“ und im Gewerkschaftshaus (August-Bebel-Platz 1) bis Freitag, 30. Mai.

Lehrerin Monika Wipperfürth hatte die Ausstellung in das Gymnasium geholt. Und



**Stühle aus der früheren DDR als Kunstwerke:** Schüler des Gymnasiums „In der Wüste“ verwandelten die Sitzmöbel in „Friedensstühle“ und präsentierten sie zur Ausstellungseröffnung über Diktatur und Demokratie.

Foto: Egmont Seiler

zur Eröffnung hielt der ehemalige Staatsanwalt Dr. Hans-Jürgen Grasemann einen Vortrag mit dem Titel: „SED und Staatssicherheit – Unrecht als System oder: Wenn die Partei befiehlt, folgen die Richter! Zur Steuerung der Justiz im SED-Staat.“ Bürgermeisterin Karin Jabs-Kiesler hatte daran erinnert, dass die Diktatur der Sozialistischen Einheitspartei (SED) der DDR „nahtlos an die Nazi-Diktatur angeschlossen“. Grasemann griff

diesen Gedanken auf: Im Ministerium für Staatssicherheit der DDR (Stasi) verdienten 91000 Mitarbeiter ihren Lebensunterhalt – „dreimal so viele wie bei der Gestapo“ zuvor bei den Nationalsozialisten. Zum Schluss habe die Stasi über 173 000 inoffizielle Mitarbeiter (IM) verfügt.

Als „ersten Sündenfall der politischen Justiz“ der DDR bezeichnete Grasemann unter anderem 32 Todesurteile im Jahr 1950. Er berichtete von Schauprozessen mit vor-

her auswendig gelernten Aussagen und einstudierten Gesten, die dann während der Gerichtsverhandlung aufgeführt wurden.

Ging es um die Interessen des Staates, folgten die Gerichte den Erwartungen der SED. Grasemann berichtete auch von einem Zweifelsfall aus dem Jahr 1959, in dem Erich Mielke, Minister für Staatssicherheit, den Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht gefragt hat, ob das Urteil dem Gericht überlassen

werden kann. Schon ein Witz über Ulbricht konnte den Erzähler ins Gefängnis bringen – in einem Fall von 1961 waren es drei Jahre Haft. Offenbar hatte die Staatsspitze dem Gericht das Urteil vorgeschrieben. Wie Grasemann herausfand, formulierte die Stasi Entscheidungen vor – mit dem Einstieg: „Es wird vorgeschlagen...“ Später redigierte auch Erich Honecker, Ulbrichts Nachfolger, gelegentlich solche Vorgaben für die Gerichte.

Wie Grasemann erläuterte, fällten Gerichte in der DDR etwa 250 000 Urteile mit politischem Hintergrund. Unter den Opfern befanden sich Jugendliche. Einige von ihnen waren 19 Oberschüler aus Werda. Sie hatten unter anderem Flugblätter verteilt und SED-Veranstaltungen mit Stinkbomben gestört. Das Landgericht Zwickau verurteilte sie 1951 wegen „Boykotthetze“ zu Zuchthaus zwischen zwei und 15 Jahren – gleichwohl wurden sie erheblich eher wieder entlassen. Die Vorbilder der Schülergruppe waren die Geschwister Hans und Sophie Scholl, die während der Zeit des Nationalsozialismus kritische Flugblätter verteilt hatten und deshalb 1943 zum Tode verurteilt wurden.

Wie SED und die Stasi auf ein Kunstprojekt des Gymnasiums „In der Wüste“ reagiert hätten, bleibt der Spekulation überlassen. Mario Haunhorst hatte der Schule 13 Stühle aus DDR-Produktion überlassen. Die Lehrerin Birgit Knollmeyer und die Klasse 8d verwandelten die Sitzmöbel in Kunstwerke, die zu Gedanken über den Frieden anregen. Deshalb nennen die Schüler sie Friedensstühle, die übrigens kaum noch zum Sitzen geeignet sind. Die zersägten, beklebten und angemalten Exemplare sollen verkauft werden. Den Anfang machte eine Versteigerung. Die Erlöse sollen in die Indiensthilfe des Gymnasiums fließen.